

Information der Regierung der DDR an den  
"Runden Tisch"

---

1. Mit dem Beschluß über die Auflösung des ehemaligen MfS entsprach die Regierung den Forderungen breiter Bevölkerungskreise, die Durchsetzung einer neuen Sicherheitspolitik zu beschleunigen. Die Regierung verurteilte zugleich Amtsmissbrauch, falsche Befehle und Methoden, für die der ehemalige Minister für Staatssicherheit die politische Verantwortung trägt.

Zu verurteilen ist

- die Funktion bei der Verwirklichung der falschen Sicherheitsdoktrin der ehemaligen Partei- und Staatsführung;
- die flächendeckende Überwachung größerer Personenkreise und damit im Zusammenhang die Schaffung eines überdimensionierten Sicherheitsapparates;
- das Ansinnen, politische Probleme mit strafrechtlichen Mitteln zu lösen;
- die Beteiligung von Teilen des MfS am Schutz der Privilegien, die sich die ehemalige Führungsspitze angemaßt hat.

Die Regierung der DDR nimmt mit Befriedigung die Haltung der Mitarbeiter des ehemaligen MfS zur Kenntnis, die sich in allen Bezirken der DDR gegenüber Vertretern der Bürgerbewegungen und öffentlich gegenüber der Bevölkerung entschuldigt haben.

Die Regierung war mit dem Vorschlag der Volkskammer, ein Amt für Nationale Sicherheit zu bilden, der allgemeinen politischen Erfahrung gefolgt, daß es neben der NVA und der Volkspolizei verfassungsmäßige Dienste geben muß, die mit spezifischen Mitteln Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit zu gewährleisten haben.

Das sind der Verfassungsschutz und der Nachrichtendienst der DDR. Das berücksichtigte auch die vielen positiven Arbeitsergebnisse, die in den zurückliegenden Jahrzehnten bei der Sicherung des Friedens, der Erhaltung der Souveränität und der Stärkung der Wirtschaftskraft der DDR erreicht wurden.

Im Verlaufe ihrer Tätigkeit haben die Sicherheitsorgane wesentliche Beiträge geleistet

- zur Erhaltung des Friedens, zum Schutz der DDR und ihrer Souveränität sowie zur Erfüllung der von ihr eingegangenen Bündnisverpflichtungen;
- zur Erhöhung der Wirtschaftskraft der DDR, u.a. durch Beiträge zur Brechnung der völkerrechtswidrigen Embargopolitik;
- im Kampf gegen die Spionage gegnerischer Geheimdienste gegen geheimzuhaltende Bereiche in Staat, Militär und Volkswirtschaft, Entdeckung einer großen Anzahl von z.T. gefährlichen Spionen;
- Kampf gegen Neonazismus, Aufdeckung von faschistischen Gruppierungen; Aufdeckung von Nazi- und Kriegsverbrechen;
- Kampf gegen Terrorismus, Verhinderung von terroristischen Anschlägen und Aufdeckung von Drohungen in dieser Richtung.

Mit dem Beschluß vom 14.12.1989 über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit entsprach die Regierung der Forderung breiter Bevölkerungskreise, die Durchsetzung einer neuen Sicherheitspolitik zu beschleunigen.

Auf den Schutz der Bevölkerung der DDR vor Gefahren, die aus Terrorismus, Rauschgiftkriminalität, Rechtsextremismus und ökologischen Verbrechen hervorgehen, muß sich diese Sicherheitspolitik konzentrieren.

Deshalb haben die neuen Sicherheitsorgane (Verfassungsschutz und Nachrichtendienst) folgende Aufgaben:

- Beschaffung und Auswertung von Informationen aus dem Ausland, die auf anderen Wegen nicht zu erhalten sind, und die von Bedeutung für die Sicherheit der DDR und ihrer Bevölkerung sowie den Schutz unseres Landes sind und als Beitrag zur Entscheidungsfindung der Regierung dienen können;

- Kampf gegen Spionage ausländischer Geheimdienste;
- Beobachtung der rechtsextremen Szene, um den antifaschistischen Charakter des Staates zu wahren und die Bevölkerung vor rechts-extremen Ausschreitungen zu schützen sowie Grundlagen für die strafrechtliche Verfolgung neonazistischer Aktivitäten zu schaffen;
- Aufdeckung von Nazi- und Kriegsverbrechen;
- Mitwirkung bei der Aufklärung von Gewaltverbrechen gegen Leben und Gesundheit der Bürger;
- Mitwirkung bei der Aufdeckung und Verhinderung schwerer Kriminalität von Bränden und Havarien in der Wirtschaft;
- Kampf gegen Terrorismus, Rauschgifthandel und ökologische Verbrechen;
- bedingungslose Unterstützung bei der Aufklärung von Amtsmißbrauch und Korruption.

Die Aufgaben der neuen Sicherheitsorgane sind nur mit spezifischen nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden unter parlamentarischer Kontrolle und auf der Grundlage der Gesetzlichkeit lösbar. Die Dienste werden über keine Exekutivbefugnisse verfügen.

Die Regierung hat deshalb dem Präsidium der Volkskammer die Bildung einer Parlamentarischen Kontrollkommission vorgeschlagen.

Die Neubildung des Verfassungsschutzes und des Nachrichtendienstes der DDR unter ziviler Leitung duldet keinen Aufschub, weil es die Regierung der DDR gegenüber dem Volk und gegenüber den Verbündeten nicht verantworten kann, ein Sicherheitsvakuum in unserem Lande zuzulassen. Wird die Neubildung der Dienste aufgeschoben, gibt es nur die Alternative, die Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit zu unterbrechen und jene Bereiche weiter bestehen bzw. profilieren zu lassen, die Aufgaben des künftigen Dienstes übernehmen bzw. fortführen müßten.

2. Der Ministerrat entspricht dem Wunsch des "Runden Tisches", eine Analyse über die Sicherheitslage in der DDR vorzulegen und in diesem Zusammenhang in einem besonderen Tagesordnungspunkt die Notwendigkeit der nationalen Sicherheit erneut zu behandeln. Das sollte am 29.1.1990 erfolgen. Diesen Zeitraum hält die Regierung für erforderlich, weil diese Analyse über die Sicherheitslage im Lande durch den Generalstaatsanwalt und den Minister für Innere Angelegenheiten einer tiefgründigen und allseitigen, längere Zeit in Anspruch nehmenden Arbeit bedarf.

3. Der Aufforderung des "Runden Tisches" zur Auflösung des ehemaligen Bereiches "Kommerzielle Koordinierung" durch den Minister für Außenwirtschaft, Beil, und den Minister der Finanzen und Preise, Nickel, eine Information entgegenzunehmen, wird zugestimmt.

Diese Information kann erst Anfang März 1990 gegeben werden, weil die eingeleitete Tiefenrevision erst am 28.2.1990 abgeschlossen und es nicht möglich ist, in die laufenden Kontrollarbeiten einzugreifen.

Zwischenzeitlich wird die Öffentlichkeit über den Stand der Reorganisation der Betriebe dieses Bereiches, einschließlich erforderlicher Auflösungen, informiert.